Der französische Konzern hatte im Jahr 2020 sechs Milliarden und im Jahr 2021 16 Milliarden Steuern zahlen müssen.

TotalEnergies „wird 2022 weltweit 30 Milliarden US-Dollar an Steuern und Produktionsabgaben zahlen müssen“, kündigte der CEO des französischen Konzerns, Patrick Pouyanné, am Mittwoch bei einer Anhörung in der Nationalversammlung über die „Superprofite“ von Öl- und Gasunternehmen an. Verglichen mit 6 Milliarden im Jahr 2020 und 16 Milliarden im Jahr 2021 zeugt dies von den riesigen Gewinnen des Energielieferanten im Krisenjahr 2022.

In Frankreich zahlt TotalEnergies zwischen „1,6 und 1,9 Milliarden Euro pro Jahr an den französischen Haushalt“ in Form von verschiedenen Steuern, Beiträgen und Quellensteuern, fügte der Manager hinzu und erklärte, dass man „nichts zu verbergen“ habe.

Der Vorstandsvorsitzende des französischen Großunternehmens erklärte ausserdem, er stehe für „Transparenz“. Patrick Pouyanné wurde von Abgeordneten der Nationalversammlung angehört, die sich „mit den Öl- und Gasunternehmen und den Unternehmen der Schifffahrtsbranche, die während der Krise außerordentliche Gewinne erzielt haben“ befassen.

Auf die Frage nach den viel niedrigeren Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen, die in Frankreich gezahlt werden, antwortete der Konzernchef, dass der Großteil der Öl- und Gasförderaktivitäten im Ausland stattfindet. „In Frankreich sind die Aktivitäten, die wir haben, keine rentablen Aktivitäten (Öl und Gas), sondern Raffinerieaktivitäten“, eine Sparte, bei der der Konzern „Geld verloren hat“, betonte der CEO.

Prinzip der Territorialität

Patrick Pouyanné erinnerte daran, dass sein Konzern Steuern gemäß dem „Territorialitätsprinzip“ zahle, das besagt, dass „ein und derselbe Gewinn nicht zweimal besteuert werden darf“. „Wir machen Gewinne in den meisten Ländern, in denen wir Öl und Gas fördern, diese Steuern werden von der französischen Steuerberechnung abgezogen“.

Die Bekanntgabe der enormen Gewinne des französischen Konzerns im Sommer, die sich im zweiten Quartal auf 5,7 Milliarden US-Dollar mehr als verdoppelt hatten, hatte die Debatte über die Besteuerung der „Übergewinne“ neu entfacht. Die französische Regierung hofft, in dieser Frage eher auf europäischer als auf nationaler Ebene einen Ausweg zu finden.